

Antrag

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Kornelia Möller, Cornelia Hirsch, Dr. Dagmar Enkelmann, Sabine Zimmermann, Werner Dreibus, Ulla Lötzer, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.

Ausbildungsplatzlücke schließen – Vorschlag des DGB aufgreifen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ausbildungsplatzlücke wächst. Laut Bundesagentur für Arbeit fehlen mittlerweile mindestens 140 000 Ausbildungsplätze. Annähernd 50 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber warten bereits mehr als ein Jahr auf einen Ausbildungsplatz. Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt muss daher als dramatisch angesehen werden. Einem wachsenden Kreis von jungen Leuten wird der Weg in die Zukunft versperrt.

Die bisherigen Instrumente, insbesondere der Ausbildungspakt, haben die Situation nicht entschärft. Über freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen gelang es nicht, die erforderliche Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. 2006 ist die Zahl gegenüber den Vorjahren sogar gesunken.

Die zukunftsfähige Alternative besteht darin, die Unternehmen durch eine Umlagefinanzierung in die Pflicht zu nehmen, ihrer Verantwortung zur Bereitstellung einer ausreichenden Zahl an Ausbildungsplätzen nachzukommen.

Kurzfristig müssen alle aktuellen Möglichkeiten genutzt werden, um den Jugendlichen, die noch darauf warten, eine Perspektive – d. h. einen Ausbildungsplatz – zu bieten. Begrüßt wird deshalb der Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes, noch in diesem Jahr ein Sofortprogramm für 50 000 Jugendliche in Form von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen zu starten.

Für eine Anschubfinanzierung dieses Sofortprogramms können ein Teil der Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit und ein Teil der nicht verausgabten Mittel des Eingliederungstitels für das Sozialgesetzbuch II eingesetzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- umgehend zu beschließen, einen Betrag von 650 Mio. Euro der Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit zur Finanzierung eines Sofortprogramms zur Schaffung von 50 000 Ausbildungsplätzen zu verwenden,
- deutlich zu machen, dass es sich hierbei lediglich um eine Anschubfinanzierung für das laufende Lehrjahr 2006/2007 handelt, da die öffentliche Hand nicht gewillt ist, den Unternehmen und insbesondere den Großunternehmen dauerhaft die Verantwortung für die Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie die Ausbildung abzunehmen und

darauf hinzuwirken, dass eine hohe Qualität der aus den genannten Mitteln entstehenden Ausbildungsplätze gesichert wird und die Ausbildung einen hohen Praktikumsanteil enthält.

Berlin, den 21. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion